

## IMPRESSUM

**Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,  
Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Sonja Fercher (CvD),  
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger,  
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0  
**E-Mail:** aboservice@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Bernhard Achitz, Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Angelika Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Markus Marterbauer, Martin Müller, Klaus Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Charlotte Reiff, Philipp Schnell, Georg Sever, Josef Thoman, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

**Redaktionsmitglieder:**

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),  
Walter Schauer (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Christian Bunke, Astrid Fadler, Georg Feigl, Philipp Gerhartinger, Reinhard Haider, Susanne Haslinger, Heinz Leitsmüller, Michael Mazohl, Gabriele Müller, Klaus-Dieter Mulley, Amela Muratovic, Maja Nizamov, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Elke Radhuber, Reinhold Russinger, Christina Schlager, Ulrich Schönbauer, Dwora Stein, Florian Wukovitsch

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße  
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744  
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@  
oegbverlag.at, Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten  
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,  
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

[www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung](http://www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung)

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**GPA-djp/AK:**

## Mehr Fairness bei All-in-Verträgen

**Langjährige Forderung endlich erfüllt: Arbeitsrechtspaket bringt Maßnahmen gegen unfaire Vertragsklauseln.**

Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) drängt schon viele Jahre auf gesetzliche Initiativen gegen den Missbrauch von All-in-Verträgen – mit Erfolg! Ab dem 1. Jänner 2016 muss das Grundgehalt für die Normalarbeitszeit klar ausgewiesen sein. Die verpflichtende Transparenz macht es möglich, auszurechnen, wie Mehrarbeitsstunden durch eine Überzahlung gedeckt sind.

„Es geht nicht darum, diese Vertragsform generell in Frage zu stellen“, hält GPA-djp-Chef Wolfgang Katzian fest. „Die Verträge sollen auf jene Tätigkeiten beschränkt bleiben, die echte Führungs- und Managementaufgaben beinhalten, und sie sollen auch kein Instrument sein, um Lohn- und Gehaltsansprüche von Beschäftigten zu senken.“ Weitere Verbesserungen:

Teilzeitbeschäftigte müssen in Zukunft darüber informiert werden, wenn in einem Unternehmen eine Stelle mit höherem Arbeitszeitausmaß ausgeschrieben wird. Konkurrenzkláuseln sind nur noch bei Einkommen ab 3.240 Euro zulässig. Außerdem sind ArbeitgeberInnen künftig verpflichtet, den ArbeitnehmerInnen eine schriftliche Lohnabrechnung sowie eine Kopie zur Anmeldung zur Sozialversicherung auszuhändigen. „Derzeit erleben die Rechtsberaterinnen und Rechtsberater in Gewerkschaften und Arbeiterkammern allzu oft, dass Beschäftigte gar keine Lohnabrechnungen erhalten oder nur einen Waschkettel, auf dem ein einziger Betrag genannt ist“, kritisiert AK-Präsident Rudi Kaske.

Infos unter:

[tinyurl.com/ox57vao](http://tinyurl.com/ox57vao)

**AK:**

## Starke Bildungsvererbung in Österreich

**OECD-Bildungsvergleich: AK-Präsident Rudi Kaske fordert gesamt-nationale Bildungsstrategie und soziale Schulförderung.**

Nach wie vor schließen hauptsächlich Kinder von AkademikerInnen ein Hochschulstudium ab. Bei den Chancen auf Aufstieg durch Bildung, der sogenannten Aufwärtsmobilität, reiht die OECD Österreich in ihrem kürzlich veröffentlichten Bildungsvergleich ganz weit hinten. „Wir müssen bei der Bildung alle mitnehmen“, fordert AK-Präsident Rudi Kaske.

Zum anscheinend explosionsartigen Anstieg des Anteils der AkademikerInnen an der Bevölkerung in Österreich, der sich auf den ersten Blick ergibt, sagt Kaske: „Wir dürfen uns nicht täuschen lassen.“ Ohne berufsbildende Schulen liegt der Anteil der AbsolventInnen von Hochschul-Studien nach wie vor um mehr als ein Drittel unter dem Schnitt der OECD-Länder.

Kaske fordert zusätzlich zum jüngsten Bildungskompromiss der Bundesregierung eine gesamt-nationale Bildungsstrategie: „Alle brauchen ihre Chance auf bestmögliche Bildung. Vor allem muss Schluss sein damit, dass Bildung vererbt wird.“ In der gesamt-nationalen Bildungsstrategie müssen weitere Schritte enthalten sein, damit kein Talent auf dem Weg zur bestmöglichen Bildung und Ausbildung verloren geht. Es sei ein Erfolg, dass jetzt das zweite Gratis-Kindergartenjahr kommen soll.

Als nächster Schritt ist dem AK-Präsidenten eine soziale Schulfinanzierung wichtig: Die Schulen sollen umso mehr Mittel bekommen, je mehr SchülerInnen sie haben, denen die Eltern selbst nicht beim Lernen helfen können.

Infos unter: [tinyurl.com/powju9e](http://tinyurl.com/powju9e)